



PPP trotz Finanzkrise?

Die Finanzkrise greift zunehmend auch die kommunalen Haushalte an und führt zu verschärften finanzwirtschaftlichen Restriktionen, die sich insbesondere im Investitions- und Reparaturstau beim einzelnen Bürger bemerkbar machen.

Trotz Konjunkturprogramm II, das mit Vereinfachung im Vergaberecht für kurzfristige Investments im öffentlichen Bereich sorgt, bleibt langfristig die Frage, wie die öffentliche Infrastrukturfinanzierung angesichts der extrem gestiegenen Haushaltsdefizite bewältigt werden soll. Laut Difu-Studie besteht ein Stau von circa 700 Milliarden Euro ohne Berücksichtigung der Herausforderungen durch Klimaschutz. Hier ist und bleibt PPP – wie wir jetzt in Deutschland sagen: ÖPP = Öffentlich Private Partnerschaft – gegenüber der Vollprivatisierung mit den politischen Konsequenzen die realistische und nachweislich mit Erfolg praktikierbare Lösung.

Der Private hilft dem Staat dort, wo seine Kompetenzen von Innovationskraft und Know-how für Effizienzvorteile nicht nur in der Investitions-, sondern vor allem in der Betriebsphase sorgen. Durch optimale Risikoverteilung und Bonus-

Malus-Regelungen wird eine wirtschaftliche und rechtlich stabile Struktur geschaffen, die flexibel und ausgleichend die Interessen sowohl des öffentlichen Trägers als auch des privaten Investors berücksichtigt.

Trotz dieser allgemeinen Erkenntnis, dass PPP in der bisherigen Praxis überwiegend erfolgreiche und für alle Beteiligten effizientere Lösungen geschaffen hat, ist die ÖPP-Maschine ins Stottern geraten. Die politisch gewollte Quote von circa 15 Prozent aller öffentlichen Investitionen durch öffentlich-private Partnerschaften ist bei weitem nicht erreicht! Durch die Finanzkrise kommt es sogar zu einem leichten Rückgang. So sind die durch PPP finanzierten öffentlichen Investitionen zwar in den letzten vier bis fünf Jahren auf circa vier bis fünf Milliarden Euro Volumen gestiegen, stagnieren jedoch auf diesem Niveau. Wenn circa eine Milliarde Euro Investitionen etwa ein Prozent der öffentlichen Investitionen ausmacht, liegt die Benchmark bei 15 Milliarden Euro per annum. Von dieser sind wir sehr weit entfernt.

Nun wird durch eine neue Initiative, nämlich die Gründung der Deutschen Partnerschaften AG, die von der Bundesregierung gewollte Basis für PPP-Instrumente und Multiplikatoren erweitert. Die Bundesregierung, die Länder und Kommunen haben sich in der Deutschen Partnerschaften AG zusammengefunden und diese als PPP-Modell konzipiert, so dass sich Private, seien es Banken, Bauindustrie, mittlere und kleine Unternehmer und Berater jeweils in einem Los an der Gesellschaft mit 49 Prozent im Rahmen einer Beteiligungsgesellschaft beteiligen konnten. Dieses Verfahren ist im Frühjahr 2009 abgeschlossen worden. Das PPP-Institut hat in Kooperation mit dem BFW und weiteren Sponsoren diese Chance genutzt und ist mit einem Investment von circa 20.000 Euro bei der europaweiten Ausschreibung im Beraterlos erfolgreich gewesen. Nach Konstituierung der Gesellschaft im

Frühsommer 2009 werden jetzt die Strukturen aufgebaut und die Gremien besetzt. Jedes Los hat ein Präsentationsrecht für ein Aufsichtsratsmitglied in der Deutschen Partnerschaften AG. Das Beraterlos, zu dem das PPP-Institut gehört, hat sich nach mehreren vergeblichen Versuchen, gemeinsame Kandidaten zu präsentieren, mehrheitlich für Franz Drey, stellvertretender Chefredakteur des Behörden Spiegels entschieden. Maßgeblichen Einfluss hat dort der Bundesverband PPP (BPPP), der von den großen Unternehmen und Beratungsgesellschaften gesteuert wird.

Die großen Unternehmen und Banken sind demnach nicht nur in ihren eigenen Losen mit entsprechender Kompetenz und Einflussnahme vertreten, sondern sind auf diesem Wege auch im Beraterlos führend. Hier ist noch Aufklärungsarbeit zu leisten. Die BPPP-freien Mitgesellschafter müssen sich organisieren, um einer langfristigen Majorisierung entgegen zu treten. Auch die Bundesregierung und die Gremien der Deutschen Partnerschaften AG haben hierfür Sensibilität entwickelt. Es bleibt abzuwarten, inwiefern unabhängige kleine und mittlere Unternehmen, die sich direkt oder über das PPP-Institut in der Deutschen Partnerschaften AG engagiert haben, zukünftig stärker einbringen und mitgestalten.

Der BFW Arbeitskreis PPP ist eine Plattform, um Einfluss auf diese Arbeit zu nehmen. Als Vorsitzender des Arbeitskreises PPP im BFW appelliere ich an dieser Stelle an die Mitglieder des BFW, die im Rahmen der Tätigkeitsmerkmale von PPP: Planen, Bauen, Finanzieren und Betreiben in ihrer beruflichen Kompetenz angesprochen werden, dem Kompetenznetzwerk, das über den

Dr. Rüdiger Scheller:
„Durch optimale Risikoverteilung und Bonus-Malus-Regelungen wird eine wirtschaftliche und rechtlich stabile Struktur geschaffen.“

Arbeitskreis in Verbindung mit dem PPP-Institut entwickelt wurde, beizutreten. So können die Möglichkeiten genutzt werden, die langfristig nicht nur Investitionsaufträge, sondern beim Betrieb von öffentlichen Infrastrukturen Dienstleistungsaufträge generieren, die weit über das Tagesgeschäft hinausgehen und eine stabile und langfristig sichere Ertragsquelle sein können.

Öffentliche Hände werden nach Abarbeitung des Konjunkturprogramms II, teilweise auch in Verbindung mit öffentlich-privaten Partnerschaften, spätestens im Herbst 2009 wieder verstärkt die PPP-Variante nachfragen. Interessenbekundungen und Marktrecherchen lassen darauf schließen, dass erhebliches Marktpotenzial nicht nur zurzeit schon besteht, sondern zukünftig noch in erheblichem Umfang gesteigert wird.

Dieses Marktpotenzial zu erschließen und als Mittelständler in konkrete ertragsbringende Aufträge umzusetzen, ist die Herausforderung für den mittelständischen Unternehmer aus der Immobilienwirtschaft. Zur Unterstützung und zur Profilierung steht Ihnen dazu der BFW Arbeitskreis PPP jederzeit zur Verfügung.

Am 16. September 2009 findet in Berlin im Vorfeld des PPP-Forums eine Arbeitskreissitzung statt, in der die aktuellen Themen diskutiert werden. Im PPP-Forum wird durch hochkarätige Besetzung des Podiums sichergestellt, dass interessante Informationen und Diskussionsbeiträge zu erwarten sind. Sie sind herzlich eingeladen, daran teilzunehmen, die Einladungen sind unter 030 32781120 abrufbar. ■



Der Autor **Dr. Rüdiger Scheller** ist Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht und Vereidigter Buchprüfer. Als Vorsitzender des BFW Arbeitskreises PPP und des Berliner PPP-Instituts berät er rund um das Thema PPP. Dr. Scheller ist Partner der Kanzlei der Rechtsanwälte Dr. Scheller, Hofmeister & Partner GbR, Braunschweig.